

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer (dort beschlossen am: 05.11.2025)

Titel: Ä1 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 131 bis 143:

~~Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen und Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben: Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene.[10] Darüber hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht und Militärlogik, eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von Frieden.[11] Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt. Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[12]~~

Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren sicherheitspolitischen und friedensethischen Positionen fest, die wir bereits in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben. [12]

Von Zeile 176 bis 180 löschen:

~~[10] „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2016.~~

~~[11] „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln — Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2019.~~

Begründung

Der Absatz behandelt auf abstrakter Ebene friedens- und sicherheitspolitische Forderungen, die bereits in vorherigen Beschlüssen dokumentiert sind. Einzelne Passagen sind zu pauschal formuliert und geben die ursprünglichen Beschlüsse nicht wörtlich und nur teilweise sinngemäß wieder (Bsp.: „Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, [...]“). Das könnte extern (z. B. in der politischen Lobbyarbeit) angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage als realitätsfern wahrgenommen werden, was die Glaubwürdigkeit unserer Position in der Debatte zur Wehrpflicht schwächen würde. Gleichzeitig könnte eine widersprüchliche Haltung zu neueren Beschlüssen entstehen (z. B. HV Mai 2023: „Die aktuellen Konflikte und allgemein die Rivalität zwischen den Staaten haben Fragen aufgeworfen, wie verteidigungsbereit das Bündnis der NATO sein muss. Aus unserer Perspektive ist ein deutlicher Fokus auf Möglichkeiten effektiver Verteidigung zu legen [...]“).

Das Streichen des Absatzes würde einer Verwässerung entgegenwirken und das jugendpolitische Kernanliegen des Antrags (Ablehnung von Wehrpflicht und Pflichtdiensten) stärken. Der Querverweis auf unseren aktuellsten Beschluss im Bereich Sicherheitspolitik und Friedensethik (HV Mai 2023) bleibt erhalten. Die Nummerierung müsste ggf. redaktionell angepasst werden.